

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland

Vechta, Oldb, 1969-

Joachim Kuroпка: Zwischen Besatzungspolitik, kommunalem
Wiederbeginn und den Anfängen des Parteiwesens

urn:nbn:de:gbv:45:1-5285

Zwischen Besatzungspolitik, kommunalem Wiederbeginn und den Anfängen des Parteienwesens

Mit dem Jahr 1995 liegt ein „Jubiläumsjahr“ hinter uns, das gekennzeichnet war durch viele Veranstaltungen zum Gedenken an die Ereignisse vor 50 Jahren im Jahre 1945. Im Landkreis Vechta gab es zwei herausragende Veranstaltungen: das Gedenken an den Zusammentritt des 1. Kreistages in Deutschland am 19. Oktober 1945, das vom Landkreis Vechta bei Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des britischen Botschafters begangen wurde und die Feier des 50jährigen Gründungsjubiläums der Christlich Demokratischen Union am 19. November. Die Gedenk- und Jubiläumsveranstaltungen bedeuteten auch Antrieb für die Forschung, denn die regionale Zeitgeschichte steht ja nicht besonders stark im Blickfeld, sieht man einmal von der wertvollen Erinnerungsliteratur über die Ereignisse des Kriegsendes und der Besetzung ab.

Neue Quellen

Wenn der Historiker etwas Neues über die Vergangenheit sagen will, braucht er neue Quellen oder er muß wenigstens den bekannten etwas Neues abgewinnen können. Die Suche nach neuen Quellen war nun erfreulicherweise recht erfolgreich. Im einzelnen konnten ausgewertet werden:

- Das Kriegstagebuch der Landesmilitärregierung 821 in Oldenburg für die Monate August bis November 1945, von dem eine Kopie aus dem Public Record Office in London im Staatsarchiv Oldenburg vorhanden ist;
- der Bestand Staatsministerium im Staatsarchiv Oldenburg der Bestand Landkreis Vechta;
- einige Unterlagen aus dem Public Record Office London sowie
- ausführliche Interviews mit Zeitzeugen aus den Jahren 1975/76 und 1979/80, insbesondere mit Landrat Dr. Siemer, die für eine

Publikation der Abteilung „Wissenschaftliche Dokumentation des Deutschen Bundestages“ 1983 geführt wurden;

- die Unterlagen des CDU-Kreisverbandes Vechta über das erste Jahrzehnt im Archiv für Christlich Demokratische Politik in Bad Godesberg-St. Augustin, wo sie der langjährige Geschäftsführer Vatterodt glücklicherweise deponiert hat.

Die Auswertung dieser Quellen und die Verknüpfung der daraus entnommenen Informationen mit dem Stand der Forschung in der allgemein-historischen Literatur ermöglichte den Nachweis, daß der entscheidende Schritt zur Demokratisierung - gewissermaßen der 'Probelauf' für die demokratische Strukturreform auf der Gemeindeebene der britischen Besatzungszone - im Landkreis Vechta getan wurde wegen der hier vorfindlichen Anti-NS-Tradition und zwar im Zusammenhang mit der Gründung der CDU als neuer interkonfessioneller Partei, als erstem Kreisverband in Niedersachsen.

Deutsche und Engländer

Im Juli 1945 schrieb der britische Oberbefehlshaber Montgomery an seine Regierung in London, er wolle in seinem Besatzungsgebiet ein einfaches und ordentliches Leben für die Deutschen gewährleisten



Ein Panzer der 4. Kanadischen Panzerdivision rückt auf die Stadt Friesoythe vor; vor einem Haus der Stadt wurde eine weiße Fahne gehißt. Friesoythe, Deutschland, 14. April 1945.

und diese entnazifizieren, doch dazu, so schrieb er, müsse man „die stärksten Verbündeten des Nationalsozialismus in der Vergangenheit und heute ausrotten, nämlich Untätigkeit, Stumpfsinn und Angst vor der Zukunft“.

Doch die praktische Zusammenarbeit mit den Deutschen ließ die Vorstellungen über den verquerten deutschen Volkscharakter bei den Besatzungsoffizieren trotz aller Nicht-Fraternisierungs-Befehle bald in den Hintergrund treten. Wenn auf der Kommandantenkonferenz am 20. November 1945 in Oldenburg noch einmal daran erinnert wurde, daß die Offiziere sich nicht „soft“ verhalten dürften und im Gedächtnis behalten mußten, daß die sechs Monate seit Kriegsende die Deutschen nicht zu einem anderen Volk gemacht hätten, so war die Praxis über solche Ermahnungen doch schon längst hinweggegangen. Ende August 1945 hatte Generalleutnant Horrocks, Befehlshaber des 30. Korps, trotz des Fraternisierungsverbots eine Party mit mehreren hundert deutschen Kindern veranstaltet, was ein großes Echo in der britischen Presse fand. Horrocks kommentierte gegenüber Zeitungsreportern, „wenn wir den Deutschen die Demokratie bringen wollen, müssen wir mit den Kindern anfangen“. Eine erste Lockerung der Bestimmungen erlaubte den Soldaten den Kontakt zu Kindern, doch ließ sich diese Begrenzung nicht halten. Am 25. August 1945 hieß es



Major L. G. Alexander, 4. Kanadische Panzerdivision, und einer seiner Offiziere betrachten ein Hitler-Portrait. Friesoythe, Deutschland, 14. April 1945.

im Intelligence-Bericht der Oldenburger Militärregierung, das Fraternisierungsverbot sei für die erste Zeit der Besetzung notwendig gewesen, „jedoch wird es nicht aufrechterhalten werden können, soweit das weibliche Geschlecht betroffen ist“.

Zwar waren die Alliierten nicht als Befreier, sondern „als ein siegreiches Heer“ gekommen, wie es in der ersten Proklamation General Eisenhowers geheißen hatte, doch zeigte sich in der praktischen Begegnung schnell, daß die Engländer sich als moderate Sieger gaben. Im Sommer 1945 berichtete der Dammer Bürgermeister, daß sich die englische Truppe „ruhig und anspruchslos“ verhält, „sie fällt in keiner Form zur Last und ist deren Verhältnis zur Bevölkerung ein sehr gutes. Die Bevölkerung betrachtet die Besatzung als Schutz gegen die zurückgebliebenen Ostarbeiter“. Und umgekehrt empfanden die britischen Besatzungsoffiziere die Deutschen gar nicht so fürchterlich, wie sie ihnen zuvor geschildert worden waren. Die Landes-Militärregierung stellte fest, das Benehmen der deutschen Bevölkerung sei „sehr gut und es gibt eine bemerkenswerte Wiederbelebung guter Stimmung“ (4.9.1945). So erschienen die Deutschen den Engländern als ordentliche und überraschend friedliche Zeitgenossen, was von den ehemaligen Fremdarbeitern, den sogenannten „Displaced persons“ leider „nicht gesagt werden konnte“ (8.9.1945).

Das Eis zwischen Briten und Deutschen war öffentlich offenbar erstmals in Goldenstedt gebrochen, wo am 29. Juli 1945, einem Sonntag, ein Fußballspiel zwischen einer englischen und einer deutschen Mannschaft ausgetragen wurde. Es hatten sich viele Zuschauer eingefunden, darunter auch der örtliche Kommandant und weitere Offiziere. Die Goldenstedter gewannen 3 : 1. In Goldenstedt begannen auf Initiative der Engländer auch englisch-deutsche kulturelle Veranstaltungen mit einem Konzert der Engländer, zu dem „die Bevölkerung durch den Bürgermeister“ eingeladen wurde. Der Bürgermeister berichtete weiter, „desgleichen möchten sie (die Engländer) gerne tanzen und durch den Bürgermeister Damen einladen lassen“.

Die Reform beginnt im Landkreis Vechta

Damit waren im Landkreis Vechta durchaus bemerkenswerte Voraussetzungen gegeben für den im Herbst 1945 einsetzenden Versuch, in Deutschland von der Gemeindeebene her die Demokratie neu zu begründen. Denn während die offizielle britische Deutschlandpolitik auf Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz wartete, wurden auf der unteren Ebene durch die Tätigkeit der Militäradministration Fakten geschaffen, die den weiteren Gang der Entwicklung bestimmten. Was in Potsdam über die Demokratisierung und Dezen-

tralisierung Deutschlands vereinbart worden war, setzte die britische Besatzungsmacht in Richtlinien für die Verwaltung, die örtliche und die Gebietsregierung um, über die erstmals etwas am 21. September durch einen Bericht im Neuen Hannoverschen Kurier bekannt wurde. Die ins Auge fallendste Bestimmung war, daß die kommunale Verwaltungsspitze - bislang ein Beamter - aufgespalten wurde in diejenigen, „die die Politik machten und diejenigen, die sie ausführten“; dabei sollten diejenigen, die die Politik machten, in regelmäßigen Abständen sich einer Wahl stellen, diejenigen, die die Politik ausführten, auf Dauer angestellt sein.

Für die deutschen Kommunalbeamten war diese Form der Demokratisierung eine schwer zu verwindende Angelegenheit. Ihre Vertreter artikulierten auf Konferenzen von Oberbürgermeistern und Landräten in Arnsberg am 9. Oktober 1945 und auf einer Konferenz der Regierungspräsidenten am 20. Oktober ihre Kritik an der von den Briten verordneten Neuregelung, gegen die pragmatische und systematische Einwände geltend gemacht wurden. Die neue Regelung sei zu schwerfällig und zu langsam, vor allem angesichts der allgemeinen Not, Reformen könne man sich erst leisten, wenn diese beseitigt sei; die neue Kommunalverfassung entspreche nicht der deutschen geschichtlichen Entwicklung, die, wie einer der Referenten meinte, „einer potenziert demokratischen und rein parlamentarischen Behandlung der kommunalen Aufgaben nicht angepaßt“ sei. Vor allem wurde die, wie man sich ausdrückte, „Ausschaltung der Berufsbeamten von der politisch-organisatorischen Arbeit... im stärksten Maße bedenklich“ erachtet. Bislang waren die kommunalen Spitzenbeamten in Deutschland in der Regel zwar von parlamentarischen Gremien gewählt worden, hatten aber als Beamte mit dem Titel Bürgermeister, Oberbürgermeister oder Landrat die Kommunen repräsentiert, waren die Spitze der Exekutive gewesen und hatten die kommunalpolitischen Entscheidungen ganz wesentlich bestimmt.

Die Regierungspräsidentenkonferenz am 20. Oktober in Arnsberg bewegten diese Ereignisse im Landkreis Vechta, denn während man sich über die durch Zeitungsberichte bekannt gewordenen britischen Reformpläne und die darin den Räten bzw. Kreistagen zufallende „Totalität aller kommunalen Zuständigkeiten“ (Oberregierungsrat Jenner) erregte, war im Landkreis Vechta schon das in die Tat umgesetzt worden, wozu man noch Gegenvorschläge erarbeiten wollte. In der Diskussion berichtete Ministerialdirektor Wegmann aus Oldenburg, daß am 19. Oktober „bereits in einem Landkreise der Kreistag zusammengetreten und zur Wahl des Landrats, des Kreisdirektors und des Kassen- und Rechnungsbeamten geschritten (sei). In diesem

Landkreise seien auch die vorläufigen Gemeindevertretungen bereits bestimmt worden. Der Kreiskommandant habe die einzelnen Bürgermeister aufgefordert, ihm ... die dreifache Zahl vorzuschlagen. Dann habe man in jeder Gemeinde eine Volksversammlung einberufen und ihr die Namen bekanntgegeben. Diejenigen, gegen die Widerspruch nicht erhoben wurde, seien dem Militärkommandanten vorgeschlagen worden.“ (Protokoll) Geschehen war dies im Landkreis Vechta. Und Ministerialdirektor Wegmann versäumte nicht, hinzuzufügen: „Selbstverständlich sei dieses Verfahren nicht ohne Bedenken“.

Genauso war es im Landkreis Vechta abgelaufen. Am 18. September 1945 hatte Oberst Betteley den Bürgermeistern des Landkreises Vechta die Verwaltungsreform eingehend erläutert. Offenbar war man sich der historischen Bedeutung des Vorhabens bewußt, wenn Landrat Siemer dem Obersten ausdrücklich Dank dafür aussprach, „daß er gerade den Kreis Vechta, der in der Vergangenheit bewiesen hat, daß er nicht nazistisch war, auserwählte, um hier mit der Verwaltungsreform zu beginnen“. Zwischen dem 20. und dem 25. September fanden die Gemeindeversammlungen statt, auf denen unter Leitung Betteleys die Gemeindevertretungen bestimmt wurden, der dabei fast schon herzliche Worte an die Anwesenden richtete, wenn er feststellte, die Briten seien nicht da, „um die Deutschen zu unterdrücken, sondern um zu helfen und Deutschland wieder aufzubauen“. Nach den gerade erst vor knapp fünf Monaten beendeten Kampfhandlungen mußten den deutschen Zuhörern eigentlich die Ohren klingen, wenn sie aus dem Munde des Kreiskommandanten hörten: „Ich werde heute hier den Versuch machen, Ihnen eine Selbstverwaltung zu geben... Da ich 21 Leute aus der Stadt Vechta nicht kenne, bitte ich um Ihren Rat und Hilfe. Aus Ihren Vorschlägen werde ich dann die Gemeindevertretung bestimmen... Das Volk selbst wird wieder die Regierung übernehmen und nicht von oben Befehle bekommen“.

„Paradestück“ oder „Versuchskaninchen“?

Als Landeskommandant Dillon den 20. Oktober als Termin für die Bestimmung der Gemeinde- und Stadtvertretungen im Land Oldenburg festsetzte, war man im Landkreis Vechta über dieses Stadium längst hinaus. Die Gemeinde- und Stadtvertretungen arbeiteten schon seit vier Wochen, und die Bürgermeister berichteten durchweg von der guten Mitarbeit der Bevölkerung, die sich, wie der Bürgermeister von Neuenkirchen schrieb, „langsam zu den Ideen der Demokratie bekennt, was auch schon aus der regen Beteiligung seitens der Bevölkerung an den Gemeindevertreter-sitzungen hervorgeht“.

Aus Holdorf berichtete der Bürgermeister, die Versammlung, bei der die Gemeindevertreter bestimmt worden seien, habe „kolossal auf die Bevölkerung gewirkt, weil der Herr Oberst und der Herr Landrat allen aus der Seele gesprochen haben“. Die Versammlung habe gezeigt, daß man in Holdorf „entschlossen ist, mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau Deutschlands“. Und als am 19. Oktober der aus den Mitgliedern der Gemeindevertretungen gewählte Kreistag des Landkreises Vechta zusammentrat, sagte Oberst Betteley nicht ohne Stolz, der Kreis Vechta „wird bekannt sein als Geburtsstätte der demokratischen Regierung in Deutschland... Der Kreis Vechta steht heute im Brennpunkt aller Augen ... in der ganzen Welt. Das Volk in anderen Teilen Deutschlands schaut auf den Kreis Vechta heute“ - und natürlich auch auf ihn, den Oberstleutnant Betteley, im Privatberuf Schauspieler in London.

Aber es war eben doch auch so gemeint, denn Oberst Dillon gebrauchte ähnliche Worte: „In der ganzen Welt wird mit besonderem Interesse die Entwicklung dieses ersten Kreistages verfolgt werden... Es ist ein solch ungeheuer wichtiger Schritt, daß ich ganz besonders den Segen des Herrgotts herabflehen möchte. Die ganze Zukunft Deutschlands wird davon abhängen, wie sich dieser erste Kreistag weiter entwickeln wird“.

Mit Genugtuung verfolgte man in der Landesmilitärregierung in Oldenburg, daß die demokratische Selbstverwaltung in den Gemeinden auf großes Interesse stieß und „sich besonders im Kreis Vechta zu Begeisterung“ entwickelt hatte. Schwierigkeiten mit dem leitenden Kommunalbeamten hatten sich hier nicht ergeben, weil der Statuswechsel dadurch erleichtert wurde, daß sich sowohl der Landrat, wie mit einer Ausnahme auch die Bürgermeister für das politische Ehrenamt entschieden, während anderswo der überwiegende Teil der Beamten diesen Wechsel ablehnte und ihn als Degradierung betrachtete. Angesichts dieses unproblematischen Übergangs führte die Oldenburger Militärregierung die demokratische Selbstverwaltung in Vechta als „Paradestück“ (showpiece) auch anderen als ein Beispiel für das vor, was möglich war. Das fand nicht nur Beifall, denn anderswo wurde laut, der Landkreis Vechta sei eben als „guinea pig“ - also als Versuchskaninchen - ausgewählt worden. Oberst Dillon widersprach dem nachdrücklich und forderte, die Verbreiter solcher despektierlichen Bemerkungen in die Schranken zu weisen.

Warum zuerst im Landkreis Vechta?

Nun ist es schon erstaunlich, daß die Einführung der demokratischen Selbstverwaltung im Landkreis Vechta ihren Anfang nahm,

im Landkreis Vechta, der von außen in der Regel nicht gerade als eine Kernzone des Fortschritts angesehen wird, so daß sich schon die Frage aufdrängt, warum nun ausgerechnet hier die „Geburtsstätte der demokratischen Regierung in Deutschland“ sein sollte, wie Betteley auf der ersten Kreistagssitzung ausgeführt hatte. Schon die terminliche Konstellation läßt in diesem Zusammenhang aufmerken: Am 21. September 1945 war in der deutschen Presse erstmals über die britischen Reformpläne berichtet worden. Aber drei Tage zuvor, am 18. September, hatte Betteley auf einer Bürgermeisterversammlung die Verwaltungsreform eingehend erläutert und bereits am 20. September in Lutten und Langförden die ersten Gemeindeversammlungen zur Bestimmung der Gemeinderäte abgehalten. Nun ist Betteley sicher dem Typus des fähigen Besatzungsoffiziers zuzurechnen, der seinen Teil Deutschlands für das Abendland retten wollte, doch ist es andererseits nicht sehr wahrscheinlich, daß er den Beginn der Reformen in seinem Kreis hätte durchführen können, bevor sie auf der Kommandantenkonferenz auch nur besprochen worden waren. Das ist gerade in einer Militärverwaltung ausgesprochen unwahrscheinlich, weil dort vor allem das Prinzip von Befehl und Gehorsam gilt. Mit anderen Worten, es liegt die Vermutung nahe, daß Betteley auf Anweisung 'von oben' handelte und 'oben' schon darüber nachgedacht worden war, warum man im Landkreis Vechta beginnen wollte.

Betteley selbst nennt die zufriedenstellende Entnazifizierung des Landkreises, der immerhin dadurch aufgefallen war, daß die NSDAP hier in Wahlen die geringste Zustimmung im ganzen Deutschen Reich gefunden hatte und nie hatte richtig Fuß fassen können. Aufhorchen läßt aber auch die Definition, die William Herold Ingrams von der britischen Kontrollkommission am 12. November 1945 den Kommandanten im Land Oldenburg und in den Regierungsbezirken Aurich, Osnabrück und Stade gab. Ingrams verwies darauf, daß die Engländer nur ihre Version der Demokratie weitergeben könnten. Deren Essenz sei „Regierung durch den Willen des Volkes nach christlichen Grundsätzen“, und dies bedeute, daß dem Individuum mehr Bedeutung beigemessen würde als der Staatsmaschinerie, die nur als Dienerin des Volkes begriffen werden dürfe. Vielleicht liegt auch hier ein Erklärungsansatz für die Auswahl des Landkreises Vechta, hatte man sich doch in dieser Region im Kreuzkampf von 1936 wenigstens einmal gegen die Staatsmaschinerie des NS-Regimes erfolgreich aufgelehnt, was auch in England große Beachtung gefunden hatte, und hatte der aus diesem Landkreis stammende Bischof von Galen den NS-Machthabern dieses Prinzip vielfach öffentlich vorgehalten, daß nämlich die „natur-

gegebenen Rechte der menschlichen Persönlichkeit“ (u.a. Hirtenbrief vom 14.9.1941) jeder obrigkeitlichen Gewalt vorgehen.

Die Demokratisierung von der Gemeindeebene her sollte nicht als formaler Regelmechanismus von Mehrheits-/Minderheitsentscheidungen verstanden werden, sondern auch als materiales Prinzip, das Recht und Würde der Einzelpersonlichkeit in den Mittelpunkt stellt, nicht die Interessen der staatlichen Gemeinschaft oder gar der Staatsverwaltung, was durch das Wort von der „Regierung durch den Willen des Volkes nach christlichen Grundsätzen“ beschrieben wurde. Ein zweites machte General Templer, Direktor der Zonen-Militärregierung für innere Angelegenheiten, den Oberpräsidenten in einer Ansprache am 19. November 1945 unmißverständlich klar: Die örtliche Verwaltung muß einer gewählten Körperschaft obliegen, die die Verantwortung trägt. „Ihre Anordnungen sind von Beamten auszuführen, welche keinen aktiven Anteil an der Politik nehmen dürfen. Dies ist die Vorbedingung für die gesamte demokratische Weltanschauung, und davon werden wir nicht abweichen.“ Diese Form der Verwaltung sei keine „rein britische Sache, sondern ... eine Einrichtung, wie sie überall dort gilt, wo in der Welt die Demokratie vorherrscht“.

Und wo bleiben die Parteien?

Nun könnte man sagen, so weit so gut, doch wo blieben eigentlich die politischen Parteien. Sollte in diesem Konzept eine Demokratie von der unteren Ebene ohne Parteien aufgebaut werden, obwohl die politischen Parteien doch gerade auch in England ganz selbstverständlich die politische Willensbildung in der Hand hatten und sich das Parteienwesen gerade in England entwickelt hatte? In der Tat hatte eine entsprechende Direktive der Engländer vom 15.9.1945 die Gründung politischer Parteien auf Kreisebene ermöglicht.

Im Landkreis Vechta lag es natürlich nahe, die Partei wiederzubeleben, die seit 1871 durchweg über 70 %, mehrfach über 80 % und in den Reichstagswahlen 1881, 1884, 1920 und 1924 sogar über 90 % und selbst in der letzten Reichstagswahl vom 5. März 1933 noch über 70 % der Wähler für sich gewinnen konnte, die Zentrumsparterie. Dieser Versuch wurde auch unter Mithilfe der Geistlichkeit in einer Vorbesprechung am 23. Juli 1945 in Vechta unternommen. Im Gesellenhaus waren aus allen Gemeinden des Amtsbezirks Männer zusammengekommen, denen es ernst war mit der Wiederbelebung des politischen Lebens, und da kam „aus alter Tradition natürlich das alte Zentrum in Frage“, so einer der dabei gewesen war. Doch die Versammlung endete schnell. Ein englischer Offizier löste sie auf, weil

politische Versammlungen noch verboten waren. „Natürlich war unsere Stimmung so jämmerlich wie nur denkbar, und leiseweinend, wie der Dichter sagt, gingen wir auseinander“, notierte ein Teilnehmer. „Na, bist Du dahinter gekommen? Mich sehen sie hier nicht wieder!“ bemerkte ein anderer. Das war also eine „Fehlzündung“ gewesen, so derselbe Zeitgenosse. Eine Fehlzündung, nicht ganz ohne Nachhilfe durch Dr. Hermann Siemer, der dem britischen Oberst vor einer Verhaftung der Zusammenkommenden abriet und für eine Auflösung plädierte, weil es „noch nicht akut“ sei, weil er - wie viele ehemalige Zentrumsmitglieder und -wähler auch - der Meinung war, „mit dem Zentrum kann man keine Politik mehr machen“. Der Aufbau der Demokratie von unten nach oben hatte am 19. Oktober 1945 im Landkreis Vechta begonnen. Auf der Eröffnungssitzung des Kreistages sprach Landrat Siemer davon, daß jeder mitarbeiten müsse, und dabei „eine gesunde Opposition ... in jeder Gemeinde erwünscht (sei), aber eine Opposition, die nicht nur ihren Unwillen zum Ausdruck bringt, sondern die wirklich bereit ist, verantwortungsvoll an die neue Lösung der Aufgabe selbst heranzugehen“.

Damit war das Modell von Regierung und Opposition formuliert, ohne daß von Parteien die Rede gewesen wäre. Die britische Militärverwaltung konnte ganz gut ohne Parteien leben, deren Aktivitäten eher als störend empfunden wurde. Wahlen, so wurde auf der Kommandantenkonferenz am 24. September 1945 in Oldenburg erörtert, sollte es frühestens im Sommer des Jahres 1946 geben, und „Berufspolitiker“ sollten zunächst keine Kontrolle über die politische Willensbildung erlangen können, „bevor nicht das politische Bewußtsein des einfachen Volkes erwacht war“.

Doch so gut sich das theoretisch anhörte, die praktische Entwicklung war über ein Beteiligungsstadium dieser Art längst hinweggegangen. Als Schrittmacher in der politischen Entwicklung hatten sich die Russen in ihrer Zone betätigt, die bereits am 10. Juni 1945 Parteigründungen erlaubt hatten. Überall in Deutschland, erlaubt oder nicht, entstanden Zirkel von Männern und Frauen, die Fragen des politischen Neuaufbaus diskutierten und die Frage der Gründung einer wirklich neuen Partei ins Auge faßten.

Aus den Wurzeln des Widerstandes gegen das NS-Regime
Für den Anstoß zur Gründung einer neuen Partei im Landkreis Vechta sind drei Persönlichkeiten von zentraler Bedeutung: Dr. Hermann Siemer, Dr. Carl Egbring und Pater Laurentius Siemer. Was diese drei Männer verband, läßt sich in wenigen Sätzen sagen: Egbring war Ministerialrat im Reichsministerium für Ernährung und

Landwirtschaft gewesen und wegen seiner politischen Haltung 1935 entlassen worden. Dr. Siemer war mehrfach verhört worden und hatte im Herbst 1944 für einige Tage im Gefängnis gesessen, in Vechta, in der Zelle 12. Sein Freund Joseph Wirmer war zuletzt am 17. Juli 1944 bei ihm gewesen und durch einen Blitzanruf nach Berlin gerufen worden. Wirmer war bei einem Erfolg des Attentats vom 20. Juli 1944 in einer Regierung Goerdeler als Justizminister vorgesehen. Er wurde von den Nationalsozialisten hingerichtet. Pater Laurentius Siemer hatte 1935 über sieben Monate zusammen mit Pater Titus Horten in Köln und Oldenburg im Gefängnis gesessen und war in einem Prozeß wegen sogenannter Devisenvergehen Anfang 1936 freigesprochen worden. Nach Kriegsausbruch hatte er u.a. mit Jakob Kaiser, Joseph Wirmer, Carl Goerdeler, mit Pater Delp und mit Pater Welty Fragen der politischen und gesellschaftlichen Neuordnung Deutschlands beraten.



*Dr. Hermann Siemer
(1902–1996)
auf einem Plakat
zur Bundestagswahl
1957*

Über den letzten Besuch Wirmers bei Pater Siemer im Kloster Schwichteler, eben in diesen letzten Julitagen 1944 notierte Pater Laurentius später, wir „sprachen ... die Lage noch einmal durch, um völlige Klarheit über Ziel und Aufgaben zu bekommen. Wirmer stellt in Aussicht, daß in kürzester Zeit die anti-hitlerische Revolution ausbrechen würde; ich möchte dann auf meinem Posten sein“. Nach dem Scheitern des Attentats mußte Pater Laurentius bis Kriegsende untertauchen. Erst der Zusammenbruch war dann eine „anti-hitlerische Revolution“, und vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit Gestapo, Gefängnis und Verfolgung waren diese Männer tatsächlich auf ihrem Posten. Auf der vorbereitenden Versammlung am 22. September in Lohne berichtete der inzwischen zum Bürgermeister von Goldenstedt ernannte Dr. Egbring, er habe verschiedene Herren mit seinen früheren Freunden zusammengebracht und zusammen mit Dr. Siemer eine Reise nach Köln und Münster unternommen.

Durch Nachrichten aus Rheinland und Westfalen angeregt, hatte Dr. Egbring vorgeschlagen: „Wollen wir nicht zusammen versuchen, Evangelische und Katholiken zusammenzuholen und eine neue Gruppierung bilden?“ Mit den Dominikanern in Walberberg hatten Siemer, der Vechtaer Bürgermeister Gerhardi und Egbring die Frage zunächst diskutiert und waren dann weiter nach Köln zu Dr. Adenauer, wieder Oberbürgermeister in Köln, gefahren, den Egbring wie Siemer aus der Weimarer Zeit kannten. Am 15. September traf man mit Adenauer zusammen, den Siemer nach den Chancen für die Deutschen und einen Wiederaufbau fragte. Adenauers Antwort war: „Ich glaube, wenn es uns erstens gelingt, mit den Amerikanern Freundschaft zu schließen und zweitens, wenn es uns gelingt, die Erzfeindschaft mit Frankreich zu überwinden, dann werden wir wieder ein neues Deutschland aufbauen können.“ Und auf die Frage, was nun parteipolitisch werden sollte, äußerte Adenauer Bedenken, ob es gelingen würde, diese Verbindung zwischen Evangelischen und Katholiken zustande zu bringen.

Katholiken und Evangelische - in einer Partei

So merkwürdig es heute klingen mag, es war nicht die Frage, ob man wieder eine christliche Partei gründen wollte, das zentrale Problem bestand darin, ob es gelingen würde, aus dem Zentrums-Turm herauszuspringen und Katholiken und Protestanten in einer Partei zusammenzubringen, eine Union der Christen und solcher, die sich christlichen Werten verpflichtet fühlten, zu begründen.

Möglich geworden war dieser Gedanke überhaupt erst durch die Erfahrung des totalen Staates in der NS-Zeit. Bis dahin war der Graben

zwischen den Konfessionen unvorstellbar breit, er war nicht zu überwinden. Das Erlebnis von Verfolgung und Gefängnis führte zur Besinnung auf die gemeinsamen Grundlagen. Es war ein erster Sprung über diesen Graben, als Bischof Clemens August von Galen am 13. Juli 1941 in der Lamberti-Kirche in Münster Verfolgte mit Namen nannte: „Der Name eines evangelischen Mannes, der im Weltkrieg als deutscher Offizier und Unterseebootskommandant sein Leben für Deutschland eingesetzt hat, und nachher als evangelischer Pfarrer auch in Münster gewirkt hat, der jetzt schon seit Jahren seiner Freiheit beraubt ist, ist euch allen bekannt, und wir alle haben die größte Hochachtung vor der Tapferkeit und dem Bekennermut dieses edlen deutschen Mannes“. Martin Niemöller war dieser „edle deutsche Mann“. Es war ein Sprung über diesen Graben, als auf Anregung des Bischofs erste ökumenische Gebetskreise entstanden, und es war ein Sprung über diesen Graben, wenn Bischof von Galen eine Front aller Gutgesinnten gegen die Unmenschlichkeit des NS-Regimes zusammenbringen wollte, all derer, die, um mit seinen Worten vom 13. Dezember 1942 zu sprechen, das Recht „mit der Würde der menschlichen Person untrennbar verbunden“ sehen, „unabhängig von jeder irdischen Gewalt ... ohne Rücksicht darauf, ob ihm eine Macht zur Seite steht, die die Wahrung der Rechtsordnung erzwingt“.

Die praktische Bedeutung dieses Grabens zwischen den Konfessionen ist auch den Protokollen über die Versammlung in Lohne und die Gründungsversammlung in Vechta zu entnehmen. Prälat Wempe, ehemaliger Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Oldenburgischen Landtag, sprach von „Auseinandersetzungen mit Leuten, mit denen wir uns eigentlich verbunden fühlten“, er habe von manchen das Gefühl gehabt, „wir gehörten eigentlich doch zusammen“. Und der evangelische Bauer Knollenberg stellte fest: „Wir haben uns seinerzeit bekämpft. Das brauchte nicht zu sein ... Man sollte sich nicht mehr bekämpfen. Ich werde meine ganze Kraft einsetzen, um ein Zusammengehen zu ermöglichen“.

„Wir haben uns seinerzeit bekämpft“, man liest das so arglos dahin. Was heißt das aber eigentlich, „wir haben uns seinerzeit bekämpft?“ Darüber gibt es kaum Quellen, höchstens die eine oder andere verschämte Bemerkung aus der älteren Generation.

Mit den folgenden Beispiele werden die wirklichen Probleme von damals gewissermaßen nur sanft tangiert: Heinrich Höpken hat aus seiner Erfahrung als evangelischer Pfarrer in Goldenstedt den Unterschied zwischen evangelischem Norden und katholischem Süden Oldenburgs beschrieben: „De een wuif van den annern nich, wat de woll för affsünnerlichen Kraam gloven dee oder gor kien richdigen



Christenmischen weer.“ Oder sehr viel drastischer die Erfahrungen eines Vertriebenenkindes bei Friesoythe, wo die Schüler eines fanatischen Lehrers ihren evangelischen Mitschüler jeweils vor dem Religionsunterricht aus dem Klassenraum herausprügelten: „De Luther-sken möd hier rut!“ Natürlich gab es das genauso von evangelischer Seite. Ein vertriebener katholischer Geistlicher aus Nordoldenburg: „Man betrachtete uns als Halbwilde. Daß wir katholisch waren, verschlimmerte die Meinung über uns. Sicher glaubt der Leser, daß ich übertreibe; leider nicht“.

Das waren die Probleme, die im Hintergrund einer zu gründenden interkonfessionellen Partei standen, die Probleme, die natürlich nicht einfach verschwanden, wenn Katholiken und Protestanten gemeinsam Politik aus christlicher Verantwortung betreiben wollten.

Für die Gründung einer Partei auf Kreisebene war eine ganze Anzahl von Vorgaben der Besatzungsmacht zu erfüllen. Versammlungen durften nicht die Kreisebene überschreiten, Redner durften bestenfalls ihre Unkosten erstattet bekommen, über die Kreisebene hinaus waren nur inoffizielle Kontakte erlaubt, Musik war bei politischen Versammlungen nur insofern erlaubt, als Begeisterung für Politik an sich dadurch geweckt wurde. Vor allem aber sollten nur Parteien mit einem positiven Zukunftsprogramm zugelassen werden, nicht etwa solche, die allein den Antifaschismus auf ihre Fahne schrieben. Das nun konnte die neue christlich-demokratische Partei des Kreises Vechta wirklich vorweisen. Sie gab sich auf der Grundlage der „anerkannten ethischen Grundsätze des Christentums“ und der „Grundsätze einer wahren Demokratie“ ein auf die praktisch zu lösenden Fragen ausgerichtetes Programm mit durchaus eigenständigen Akzenten gegenüber den programmatischen Aussagen aus dem Rheinland und aus Westfalen. Zu den „vordringlichsten Aufgaben“ wurde darin ein „sozialer Lastenausgleich“ gezählt, für dessen Finanzierung bereits konkrete Vorschläge gemacht wurden. Zum staatlichen Neuaufbau wurde die „Stärkung des Selbstbestimmungsrechtes und des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden“ besonders unterstrichen und die Beschränkung des staatlichen Einflusses auf solche Aufgaben, die anders nicht gelöst werden können. Auch in bezug auf das Wirtschaftsleben verbinden sich im Vechtaer Programm praktische Forderungen mit grundsätzlichen Überlegungen. So wird etwa die „Hebung der allgemeinen Lage der Lohnarbeiter durch soziale Gesetzgebung“ gefordert, aber gleichzeitig eine „übersteigerte Versorgungspolitik“ abgelehnt, und es ist ein Programmpunkt dabei, der die Mentalität im Oldenburger Münsterland besonders gut getroffen haben dürfte, wenn nämlich die „Ermöglichung des Erwerbs eines Eigenheims“ genannt wurde.

Ausweitung der Organisation und neue Impulse von der „Reichstagung“ in Bad Godesberg

Mit einer Versammlung am 18. Januar 1946 war die CDU erstmals an die Öffentlichkeit getreten. Kreisvorsitzender Dr. Siemer wies auf die Männer und Frauen hin, die den Kampf „gegen das Hitlertum“ aufgenommen hatten und fuhr fort: „Wir wollen eine Basis schaffen aufgrund der Prinzipien, für die diese Männer gestorben sind. ... Man hört heute soviel von einer anti-faschistischen Front. Die anti-faschistische Front gibt es bei uns im schwarzen Münsterland schon seit 10 Jahren. Auf diese Front können wir getrost aufbauen!“ Wie den Bürgermeisterberichten zu entnehmen ist, ging dieser Aufbau nun in den Gemeinden des Landkreises zügig voran.

Einen wirklichen Schub hatte die junge Partei durch das Erlebnis erhalten, das Siemer und Egbring beim sogenannten „Reichstreffen“ der christlichen Demokraten am 15. Dezember 1945 in Bad Godesberg hatten. In der Versammlung mußte die Rede des früheren Reichsministers Hermes verlesen werden, weil dieser von den Russen festgehalten worden war, wobei sich tödliche Langeweile ausbreitete. Spontan ergriff eine junge Frau, ehemalige Kommunistin, Konvertitin, Emigrantin, von der Gestapo Verfolgte und Eingekerkerte das Wort und sprach eineinhalb Stunden. „Der Beifall war enorm. Die Zuhörer trampelten, johlten und klatschten. Es war eine wunderbare Rede, so aus der Situation herausgesprochen, es war einmalig“, berichtete Dr. Siemer später. Mit Maria Sevenich war „der neue Stern“ der CDU aufgegangen. Diese Frau wurde im Landkreis Vechta wohnhaft und politisch aktiv. Sie war eine begnadete Versammlungsrednerin und wirkte wie ein politischer Magnet. An einer Versammlung in Dinklage im Juni 1946 nahmen über 400 Personen teil. Am 11. August sprach sie in Vechta, über 600 Zuhörer kamen.

Am 24.9.1946 fand in Vechta sogar die dritte Zonentagung der CDU statt, an der die Ende Februar in Neheim-Hüsten gewählten Vorsitzenden Adenauer und Holzapfel teilnahmen. Mitte Juni 1946 hatte die CDU im Landkreis Vechta bereits 2.340 Mitglieder, Ende Juli sogar 3.375. Bei den Gemeinderatswahlen am 15. September 1946 und den Kreistagswahlen am 13. Oktober erreichte die CDU mit 92 % bzw. 75 % überragende Ergebnisse.

Mit dem Wiederaufkommen der Zentrumspartei wurden diese Erfolge bald stark relativiert, doch hatte der Kreisverband Vechta durch den frühen Start, die Aktivität der Gründergeneration und die hohe Zustimmung in der Bevölkerung eine starke Vertretung im Landesparlament erreichen können. Bei der Landtagswahl 1947 waren Dr. Siemer als Direktkandidat und Anton Themann sowie Maria Se-

*Plakat zur
Kommunalwahl
1946*



**Wir bauen den
christlich-sozialen
Volksstaat !**

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION

venich als Listenkandidaten gewählt worden. 1949 wurde auch noch Georg Kühling aus Rechterfeld als Direktkandidat in den Bundestag gewählt. Zu den Landtagserfolgen hatte Frau Sevenich nicht wenig beigetragen, als sie aus Protest gegen die ihrer Meinung nach von der Besatzungsmacht zugelassene Not im Hungerwinter 1946/47 in einen Hungerstreik trat, über den nicht nur die deutsche überregionale Presse ausführlich berichtete. Konrad Adenauer kam persönlich angereist, um Frau Sevenich von ihrem Tun abzubringen, worüber die großen Tageszeitungen wiederum sogar mit Bild berichteten. Doch nimmt manches in der Politik ganz unerwartete Wendungen. Wegen der marktwirtschaftlichen Orientierung trat Frau Sevenich im September 1948 plötzlich aus der CDU aus, behielt jedoch ihr

Landtagsmandat und trat zur SPD-Fraktion über. Sie hatte sich eben nicht als der Stern der CDU, sondern als eine ihrer Sternschnuppen erwiesen. Die Folgen im Landkreis Vechta waren zumindest öffentlichkeitswirksam. Im Kommunalwahlkampf 1948 trat sie als Rednerin für die SPD auf. Auf einer Versammlung in Langförden, ihrem früheren Wohnort, hatte sie im Jahr zuvor „Fiebich (den SPD-Vorsitzenden) und die Zentrumsparterie“ angegriffen. 1948 sprach sie „für Fiebich und für das Zentrum“, und in der Diskussion stand Dr. Siemer gegen Frau Sevenich. In Lohne wurde für die Sevenich-Versammlung sogar ein Eintrittspreis von 30 Pfennig erhoben. Der Saal war überfüllt. Diskussion: Dr. Siemer gegen Sevenich. In Vechta kamen etwa 1.000 Personen, die alle 30 Pfennig als Eintritt bezahlten. „Politisch Denkende hatten den Eindruck, daß die ganze Angelegenheit eine Inszenierung ihrer eigenen Person war“, hieß es im Monatsbericht des Kreisamtes.

Das war gewissermaßen der Anfang der spannenden Geschichte der Mehrheitsparterie im Landkreis Vechta, die hier nicht weiter dargelegt werden kann, die zu untersuchen sich aber auch für die weitere Zeit durchaus lohnen würde.

Im ganzen ist festzuhalten:

- Der erste Schritt zur Demokratie auf kommunaler Ebene wurde im Landkreis Vechta getan, nicht aufgrund eines Zufalls, sondern von den britischen Besatzungsbehörden aufgrund der Geschichte und politischen Struktur dieses Landkreises bewußt geplant, und dieser erste Schritt war erwartungsgemäß erfolgreich, so daß das britische Kalkül aufging.
- Damit wurden die Bedenken der Regierungs- und Behördenchefs gegen die Zweigleisigkeit praktisch überrollt.
- Konsequenterweise erfolgte auch die erste Genehmigung zur Gründung eines CDU-Kreisverbandes als interkonfessioneller Partei in Niedersachsen als Folge des Beginns der demokratischen Strukturreform im Landkreis Vechta, wobei die persönlichen und politischen Verbindungen Siemers, Egbrings und Pater Laurentius Siemers diesen frühen Zeitpunkt ermöglichten.

Drei „Capellen“ bei der Stadt Friesoythe

Im Jahre 1826 zeichnete Ferdinand Nienburg eine Übersichtskarte einerseits über den Lauf des Weges „von Friesoythe über Ikebrücke, Campe, Öljenbrücke, Wester- und Osterscheps, Edewecht, Zwischenahn nach Oldenburg, andererseits von Friesoythe über Boesel, Osterloh, westlich am Beverbruch herunter durch Oberlethe, Tungeln, Kraysenbrück nach Oldenburg“. Die Karte wies auch den „projektierten neuen Weg von Friesoythe über Altenoythe, durchs lange Moor nach Edewecht, und von da über Jeddelloh, südlich am Wildeloh vorbei, durch Eversten nach Oldenburg“ aus.

In dieser Übersichtskarte, die im Staatsarchiv in Oldenburg aufbewahrt wird, ist an drei aus der Stadt herausführenden Wegen eine „Capelle“ verzeichnet, nämlich am Weg nach Vordersten Thüle unmittelbar vor der Überquerung der Soeste, am Weg nach Altenoythe und am Weg nach Eggershausen/Campe. Eine Kopie der Übersichtskarte, die Leutnant Lehmann 1830 fertigte, markiert den Standort jeder „Capelle“ erneut. Die „Capelle“ am Wege nach Vordersten Thüle (heute: Thüler Straße) wird in dem Originalhandriß, der im Rahmen der oldenburgischen Landesvermessung im Jahre 1838 gefertigt wurde, als „Heiligen Haus“ aufgeführt. Das Gebäude ist unmittelbar vor der Überquerung der Soeste westlich des Weges eingezeichnet. Die Marien-Statue, die sich in dem „Heiligen-Häuschen“ (so nannte der Volksmund die „Capelle“) befand, ist - wie ältere Bewohner zu berichten wissen - von vielen verehrt worden. Von älteren Thülern stammt auch die Mitteilung, daß das „fahrende Volk“ nicht selten einen Blumenstrauß dorthin gebracht habe. Das „Heiligen-Häuschen“ ist in den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges, als Mitte April 1945 auch die nahe Soestenbrücke gesprengt wurde, zerstört worden. Die beschädigte Marien-Statue konnte jedoch von der Familie Lange gerettet werden. Die Statue befindet sich jetzt in der katholischen Friedhofskapelle. An das zerstörte „Heiligen-Häuschen“ erinnert jetzt eine kleine Kapelle, die auf der gegenüberliegenden Straßenseite vor einigen Jahren von der Familie Schade auf ihrem Grundstück am Eingang zur Soestenallee errichtet wurde. Eine vom Heimatverein dort aufgestellte Bank lädt zum Verweilen ein.
